

VENEZUELAS STREITKRÄFTE UND DIE „BOLIVARISCHE REVOLUTION“

BENJAMIN BOBBE ||

Die venezolanischen Streitkräfte befinden sich seit 1999 in einem Reformprozess, der politisch-ideologisch geprägt ist. Geht es bei der Reform von Streitkräften regelmäßig um Maßnahmen zur Professionalisierung und Verbesserung von Effizienz oder Effektivität, ist dies im vorliegenden Fall in der Gesamtbetrachtung nicht zu erkennen. Vornehmliches Ziel ist offensichtlich die Ideologisierung der Streitkräfte mit dem Ziel der Absicherung der „Bolivarischen Revolution“ gegen äußere und innere Feinde. Einher geht dies mit einer schleichenden Militarisierung aller Lebensbereiche.¹

Zivil-militärische Beziehungen in Venezuela: Historischer Kontext

Wie in den meisten lateinamerikanischen Staaten, haben auch in Venezuela die Streitkräfte die Historie des Landes als politischer Akteur beeinflusst. Im Gegensatz zu anderen Ländern der Region, insbesondere denen der Südspitze, war die Entwicklung Venezuelas in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nach dem Ende der vergleichsweise gemäßigten Militärdiktatur von General Marcos Pérez Jiménez im Jahre 1958 von Frieden und Demokratie geprägt. Zu dessen Erhalt leisteten die Streitkräfte angesichts diverser politischer Krisen und des Ost-West-Konflikts einen eher positiven Beitrag und unterwarfen sich dem Primat der Politik zwar nicht bedingungslos, fügten sich jedoch zumindest. Enge Partner waren

und blieben vor allem die USA, aber auch andere westliche Demokratien.

Traditionell prägend für die zivil-militärischen Beziehungen in Venezuela war, wie auch in anderen schwach institutionalisierten Staaten, das Fehlen einer eindeutigen Klärung der Rolle des Militärs in Staat und Gesellschaft: Die Verfassung(en) räumte(n) den Streitkräften stets große Autonomie ein. Damit einher geht eine lediglich eingeschränkte Steuerung und Kontrolle des Militärs durch die Politik. Das Militär dominierte über die Zivilgesellschaft.

Zurückführen lässt sich dies auch auf die herausragende Rolle und die großen Verdienste des Militärs in den kolonialen Befreiungskriegen gegen Spanien und der anschließenden Staatsbildung vor rund 200 Jahren, was zur Herausbildung dessen geführt hat, was diverse wissenschaftliche Autoren² als „Prätorianismus“ beschreiben: Streitkräfte, die sich über ihren militärischen Verteidigungsauftrag hinaus als Hüter der Verfassung definieren und sich in der Verantwortung sehen, politische Führung zu übernehmen und Ordnung zu schaffen – bisweilen auch per Gesetz –, wo die Zivilgesellschaft dies mittels der Politiker nicht schafft.

Mit dem Ende der Pérez-Jiménez-Diktatur war das Militär angesichts eines gesellschaftlichen Konsenses auf Druck der Politik in die zweite Reihe getreten, wo es

40 Jahre lang bis zum Regierungsantritt des langjährigen Fallschirmjägeroffiziers Hugo Chávez im Jahr 1999 bleiben sollte. Was folgte, war eine gezielte Entfesselung des Militärs, das sich schnell in alle Lebensbereiche der Venezolaner ausbreitete.

Noch 1958 war mit dem Punto-Fijo-Abkommen der Weg zur Demokratie in Form einer Drei- und später Zweiparteienherrschaft unter Ausschluss der Kommunistischen Partei geebnet worden. Geschaffen wurde ein System, das in der Politikwissenschaft als Paktierte Demokratie beschrieben wird. Gestützt durch den Erdölboom entwickelte sich in den folgenden gut zwei Jahrzehnten ein gesellschaftlicher Wohlstand, welcher den Regierungskoalitionen eine auch vom Militär nicht infrage gestellte Legitimität verlieh. Als Kitt diente neben dem Erdöl die von Militär und den beiden seit den 1970er Jahren gemeinsam regierenden Parteien COPEI („Comité de Organización Política Electoral Independiente“) und AD („Acción Democrática“) geteilte antikommunistische und anti-castrokubanische Haltung und der Kampf gegen von Kuba finanzierte linke Guerillas im Land.

Tiefgreifende wirtschaftliche Probleme, dramatisch steigende Armut und Verdruss gegenüber einer ineffizienten, in Beton gegossenen politischen Konstellation, die Vetterwirtschaft und Korruption beförderte, besiegelten schleichend den Untergang der Paktierten Demokratie in Venezuela. Neoliberale Reformen angesichts der Krise gipfelten in einem mehrtägigen blutigen Volksaufstand, dem Caracazo von 1989, der von Polizei und Streitkräften im Auftrag der Regierung niedergeschlagen wurde.

Die folgende Pluralisierung des Parteiensystems in den 1990er Jahren brachte keine Verbesserung hinsichtlich der Leistungsfähigkeit und damit verbunden der gesellschaftlichen Akzeptanz des politischen Systems. Der späte Sieg von Hugo Chávez bei den Präsidentschaftswahlen 1998 bedeutete einen Wendepunkt und das Ende dieses

Systems – hierfür war Chávez von den Venezolanern gewählt worden.

Demokratie und Rechtsstaat

Venezuelas traditionelle Ölrentenökonomie wurde in der Regierungszeit von Chávez um eine sozialistisch-populistische Verteilungspolitik unter „revolutionärem“ Vorzeichen ergänzt. Die traditionell schwache institutionelle Ordnung wurde formal aufgebläht und zugleich weiter geschwächt, ausgehöhlt, politisiert und der übermächtigen Figur des als „Comandante“³ bezeichneten Staatspräsidenten – letzteres ein Hinweis auf den militärisch-kämpferischen Charakter der „Bolivarischen Revolution“ – Hugo Chávez untergeordnet. Erfolge bei der Armutsbekämpfung stehen Machtkonzentration und Machtmissbrauch als Teil der Hinterlassenschaft des am 5. März 2013 nach langer Krankheit verstorbenen Hugo Chávez gegenüber.⁴

Venezuela kann heute als ein Beispiel dafür gelten, „wie auf elektoralem Weg die Demokratie ausgehebelt werden kann“⁵. Angestrebt wird offenkundig das Ende des Wettbewerbs der Ideen und damit des demokratischen Pluralismus durch das nach offizieller Lesart basisdemokratische Konzept eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“.

Eine Vielzahl der Maßnahmen der Regierung steht im offenen Widerspruch zu der von der Regierung Chávez per Referendum legitimierten, neuen „Bolivarischen“ Verfassung⁶ vom Dezember 1999 – die Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist diesbezüglich nicht das einzige Politikfeld, aber sicherlich das prominenteste. Machte die Regierung sich zu Beginn noch die Mühe, die Verfassung zu ändern, setzte sich das Regierungslager angesichts fehlender Zweidrittelmehrheit in der Nationalversammlung und dem Scheitern eines neuerlichen Verfassungsentwurfs in einem Referendum im Dezember 2007, der die vollständige Umwandlung in einen sozialistischen Staat vorsah, einfach darüber hinweg.⁷

Die vergleichsweise gemäßigte „Bolivarische“ Verfassung war 1999 von einem breiten Bündnis linker Kräfte um Präsident Chávez gegen den Widerstand der Opposition ausgearbeitet und in einem Referendum verabschiedet worden. Heutzutage ist es insbesondere letztere, die sich auf den Verfassungstext beruft, in einem oft vergeblichen Bemühen, der „staatlichen“ Willkür Grenzen zu setzen. Dem Chavismus hingegen genügt diese Verfassung für seine Zwecke, der Schaffung eines sozialistischen Staats, schon lange nicht mehr.

Ideologisierung der Streitkräfte

Am 06.03.2013 verkündete der Verteidigungsminister Admiral Diego Molero Bellavista am Rande des Trauermarschs für den verstorbenen Präsidenten Hugo Chávez: *„Hier stehen ein Volk und die Streitkräfte vereint [...]. Wir stehen zur Verbreitung der bolivarianischen und sozialistischen Ideologie, die unser Comandante Präsident [Hugo Chávez] in uns gesät hat, und welche die Zeiten überdauern wird. [...] Wir werden den Willen unseres Comandante Chávez erfüllen, für Nicolás Maduro [als Präsident] zu stimmen.“*⁸

Mit der sich schrittweise ab 1999 herauskristallisierenden „Bolivarischen Revolution“ und dem Ziel eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ ging ein Zeitenwandel für das Militär einher, das unter neuem Vorzeichen nach über 40 Jahren schrittweise wieder in den Mittelpunkt der Politik gehievt wurde. Dem Militär kommt im Venezuela von heute nicht nur (wieder) eine gesellschaftlich überhöhte Position zu. Es ist vielmehr Dreh- und Angelpunkt des chavistischen Politikmodells und bildet den Kern eines neuen Verständnisses der zivil-militärischen Beziehungen, in dem Staat, Militär und Gesellschaft eine Einheit und Schicksalsgemeinschaft bilden. *„Vaterland, Sozialismus oder Tod“*⁹ lautet der von Kuba entlehnte, neue Grußspruch des venezolanischen Militärs, der den Weg weist. Zwar verbietet Artikel 330 der „Bolivarischen“ Verfassung¹⁰ die

aktive Beteiligung der Streitkräfte und deren Mitglieder an jeglichen politischen Aktivitäten oder deren Unterstützung. In der Praxis wird dies jedoch nicht eingehalten. Die Regierungspartei „Partido Socialista Unido de Venezuela“ (PSUV) erhält insbesondere in Zeiten des Wahlkampfes massive materielle, personelle und rhetorische Unterstützung durch die Streitkräfte. Zusätzlich wird den Mitgliedern der Streitkräfte erstmals das aktive Wahlrecht zugestanden. Der umfangreiche Artikel 328 bezeichnet die Streitkräfte als professionelle Institution ohne politische Militanz. Er weist den Streitkräften, neben Verteidigungsaufgaben und der Unterstützung bei der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung, die „aktive Mitwirkung an der nationalen Entwicklung“ als Aufgabe zu, was diesen Tür und Tor für die ungehinderte Ausweitung der Aktivitäten in den öffentlichen Bereich öffnete.¹¹

Wichtig ist in diesem Zusammenhang: Als Streitkräfte definiert die Verfassung in Artikel 328 ausschließlich das Heer („Ejército“), die Marine („Armada“), die Luftwaffe („Aviación Militar“), und die Nationalgarde („Guardia Nacional“), wobei letztere Aufgaben zur „Aufrechterhaltung der Ordnung“ übernimmt.¹² Chávez setzte die Nationalgarde erstmalig regelmäßig für Streifenendienste und andere polizeiliche Aufgaben unmittelbar nach seinem Regierungsantritt ein.¹³

Gemäß Artikel 5 des Wahlgesetzes („Ley Orgánica de Procesos Electorales“)¹⁴ unterstützen die Streitkräfte traditionell die Durchführung von Wahlen. Neben der Sicherheit der Wähler – lange Zeit standen die Wahllokale im Fadenkreuz linker Guerillagruppen – sind diese für die Verbringung und Aufbewahrung sämtlichen Wahlmaterials im Vorfeld, während und nach erfolgter Wahl zuständig. Damit sind sie *de facto* auch Hüter des Wahlergebnisses. Eine Rolle, die politische Neutralität voraussetzt, welche jedoch nicht gegeben ist.

Militärangehörige in zivilen Führungspositionen

Das Militär hat herausgehobene Positionen in Politik, öffentlicher Verwaltung und der ausufernden Staatswirtschaft sowie in strategisch wichtigen Sektoren besetzt. Den Streitkräften werden vermehrt nichtmilitärische Aufgaben zugeschrieben, welche die Zurückdrängung des Militärs in der Phase nach dem Ende der Militärdiktatur Mitte des letzten Jahrhunderts konterkariert.¹⁵ Ein Blick auf die Konstellation der Jahre 2008 bis 2009 zeigt¹⁶, dass (Ex-)Militärs beispielsweise folgenden Institutionen vorstanden, wobei es sich hier nur um eine kleine Auswahl handelt: Die Zoll- und Steueragentur, die Schatzbank, die Bank für Wirtschaftliche und Gesellschaftliche Entwicklung Venezuelas, die Devisenverwaltungscommission, der Industriekreditfonds, der Kreditgarantiefonds sowie die Bankenaufsicht – interessanterweise allesamt Institutionen, durch die große Mengen Geld fließt.¹⁷ Darüber hinaus auch die Flughafengesellschaft von Caracas, die U-Bahn von Caracas, das nationale Stromversorgungsunternehmen, das Sozialversicherungsinstitut sowie eine Vielzahl staatlicher Industriebetriebe.

Die Präsenz von Militärangehörigen in der Öffentlichen Verwaltung und in staatlichen Betrieben hat sich seit 1999 vervielfacht, sodass heute nach Schätzungen von Nichtregierungsorganisationen rund 20 Prozent aller Offiziere, d.h. 2.000 an der Zahl, dort in herausgehobenen Positionen tätig sind.¹⁸

Noch eindrucksvoller und zugleich brisanter ist die starke Präsenz von Militärangehörigen in politischen Führungsämtern, zu deren Übernahme diese in der Regel formell aus den Streitkräften ausscheiden, insofern sie nicht ohnehin bereits pensioniert sind. Zumeist handelt es sich dabei um Vertrauensleute von Chávez selbst, die er aus seiner Zeit beim Militär – oft aus der Militärakademie und seinem Beförderungsjahrgang – kannte, sowie um Teilnehmer

des von ihm angeführten, gescheiterten Militärputsches gegen Staatspräsident Andrés Pérez im Jahr 1992 bzw. Vertrauensleute dieser Vertrauensleute. Neben dem Verteidigungsminister stammt stets eine Vielzahl weiterer Kabinettsmitglieder aus dem Militär. In elf der 20 von Chavisten regierten Bundestaaten stehen Militärs als Gouverneure an der Spitze. Und auch der sehr einflussreiche Präsident der Nationalversammlung, Diosdado Cabello, heute die Nummer zwei der Parteihierarchie der PSUV, ist ehemaliger Militär.

Neben der Frage der politischen Gestaltungsmacht, geht es auf der individuellen Ebene selbstverständlich auch um wirtschaftliche Interessen und den Zugang zu den Pfründen der Revolution. Politische Loyalität muss sich eben auch erkaufen werden.

Kräfteverschiebung zugunsten des Militärs

Schwierig gestaltet sich die Situation für den von Chávez selbst ausgedeuteten Nachfolger Nicolás Maduro, der nach dem Tod von Chávez und umstrittener Wahl – die Opposition spricht bis heute von Wahlfälschung und erkennt das offizielle Wahlergebnis nicht an – im April 2013 das Präsidentenamt übernommen hat. Viele Baustellen gilt es für Maduro seitdem zeitgleich zu bearbeiten. Die politische Situation ist äußerst instabil seit die „Bolivarische Revolution“ mit Chávez ihr Gravitationszentrum verloren hat. Neben der verfahrenen politischen Situation steckt das Land in einer strukturell bedingten und politisch induzierten Wirtschafts- und Finanzkrise, die ihre Wirkung erst in jüngster Zeit voll entfaltet. Zudem leiden die Menschen unter der ausufernden Kriminalität.

Im eigenen politischen Lager ist Maduro umstritten. Und in seinem Rücken steht der militärische Block, der ihn unter Druck setzt. Denn Maduro hat keine militärische Vergangenheit, somit kein militärisches Netz-

werk und genießt auch nicht das uneingeschränkte Vertrauen und die Loyalität des höheren Offizierscorps und der politischen Amtsträger aus dem Militär, auf das Chávez zeitlebens bauen konnte. Im Gegensatz zu Chávez ist Maduro im Verhältnis zu den Streitkräften mehr Waggon als Lokomotive. Das Kräfteverhältnis hat sich seit seiner Amtsübernahme Anfang 2013 zugunsten des Militärs verschoben, und der Prozess der Militarisierung in Folge eine stärkere Dynamik erfahren.

Die im Juni 2013 erfolgte Ernennung von Frau Admiral Carmen Meléndez zur Verteidigungsministerin, der ersten Frau in diesem Amt, kann als Ausdruck einer fehlenden Vernetzung Maduros in Militärkreisen und zugleich gewollt positives Zeichen vor allem nach außen interpretiert werden. Dass es mit der Ernennung allerdings keinesfalls um eine „Humanisierung“ der Verteidigungspolitik oder gar eine Abkehr vom Weg der gesellschaftlichen Ideologisierung und Militarisierung geht, zeigt die jüngst im Oktober 2013 per Präsidialdekret erfolgte Schaffung eines neuen, extralegalen Militärgeheimdienstapparats, dem Strategischen Zentrum für Sicherheit und Schutz des Vaterlandes („Centro Estratégico de Seguridad y Protección de la Patria“ – CESSPA).¹⁹

Neben der geheimdienstlichen Aufgabe der Absicherung der Revolution gegen äußere und vor allem innere Feinde durch Informationsbeschaffung sowie Kontrolle und Zensur des (medialen) Informationsflusses (Artikel 3 und 9 des Präsidialdekrets), überwacht der neue Geheimdienst CESSPA auch die Organe der Exekutive hinsichtlich der Ausführung von Regierungsanweisungen und ist verantwortlich für die „Neutralisierung und Niederschlagung von Maßnahmen zur Destabilisierung der Nation“ (Artikel 8).²⁰ Letzteres kommt angesichts der genauso lautenden und immer wiederkehrenden Vorwürfe der Regierungsseite gegen die Opposition einem Blankoscheck zum Vorgehen gegen Andersdenkende gleich.

In Medienberichten äußert sich die Furcht, dass mit dem CESSPA ein weitgehend autonomer, autoritärer Militärgeheimdienst in Stile der ehemaligen Militärdiktaturen in Chile, Paraguay oder Argentinien ins Leben gerufen wurde.²¹ Zweifellos stellt dessen Gründung für Venezuela einen bedeutenden Schnitt mit möglicherweise tiefgreifenden Auswirkungen auf die innenpolitische Situation dar.

„Wirtschaftskrieg“

Die Zustimmung und das Vertrauen der Streitkräfte – in Politik, Verwaltung, Staatsbetrieben und Kasernen – muss sich Maduro u.a. durch Zugeständnisse verschaffen. In diesem Sinne sind die Äußerungen von Maduro hinsichtlich der Schaffung einer bereits vor Jahren diskutierten venezolanischen Rüstungsindustrie und einer sozialistischen militärischen Wirtschaftzone zu deuten. Durch letztgenannte Zone sollen sich die Streitkräfte laut Maduro unabhängig versorgen können.²²

Im Zuge der „Bolivarischen Revolution“ ist Venezuela zu einer Mangelwirtschaft geworden. Im Angesicht der Warenverknappung und regelmäßiger Stromausfälle spricht die Regierung von einem Wirtschaftskrieg („guerra económica“), der von Seiten der politischen Opposition und privater Unternehmer gegen die Revolution geführt werde. Die Tatsache, dass weite Teile der Wirtschaft und die Strominfrastruktur verstaatlicht sind, führt dieses Argument allerdings ad absurdum. Der eigenen Rhetorik folgend, reagiert die Regierung mit quasi-militärischen Mitteln auf die Krise: mehr Staat, mehr militärische Beteiligung und mehr Kontrolle.

Jüngste Maßnahme ist die ebenfalls durch Präsidialdekret im September 2013 erfolgte Schaffung einer sogenannten Oberbehörde zum Schutz der Wirtschaft durch das Volk („Órgano Superior para la Defensa Popular de la Economía“)²³, dem neben elf Ministern unter Vorsitz des Ministers für See- und Lufttransport, Hebert García, und

einem Vertreter den boliviarisch-revolutionären Bewegung „Frente Francisco Miranda“ auch der Kommandierende General der Boliviarischen Miliz – auf diese wird später näher eingegangen – sowie, in einer gesonderten Arbeitsgruppe, die regionalen Kommandeure der Miliz angehören. Aufgabe der Behörde ist die Kontrolle und Sicherstellung der Warenversorgung in Venezuela sowie insbesondere die Unterbindung „illegaler Aktivitäten bei der Versorgung mit und Verteilung von Nahrungsmitteln“.²⁴

Chavisten vs. traditionelle Militärs

Gezielt wurden spätestens seit 1999 in großem Umfang chavistische Gefolgsleute in militärische Führungspositionen gehievt und so schrittweise die Ideologisierung der Streitkraft vorangetrieben. Die – mit allen für Lateinamerika üblichen Einschränkungen – traditionell praktizierte Bestenauslese bei Einstellung und dann folgenden Beförderungen wurde de facto durch eine Gesinnungsauslese ersetzt. Ungeachtet, dass die Verfassung in Artikel 331 Beförderungen ausschließlich an Meriten, Rangliste und freien Stellen festmacht. Nicht mehr das Parlament entscheidet über die Beförderungen, sondern seit der „Bolivarischen“ Verfassung der Präsident selbst. Selbst bei mittleren Offiziersrängen entscheidet nunmehr die Gesinnung über eine Beförderung und deren Zeitpunkt. Von Generälen und Admirälen ganz zu schweigen.

Der bereits zitierte Admiral Molero belegte beispielsweise nach Presseberichten lediglich Platz 53 von 56 der Rangliste der Absolventen der Militärakademie seines Jahrgangs 1983.²⁵ Nach Positionen als Kommandeur der Marine und Verteidigungsminister ist er nun venezolanischer Botschafter in Brasilien.

Trotz alledem sind die venezolanischen Streitkräfte kein monolithischer Block, der uneingeschränkt den Chavismus unterstützt. Gerade in den mittleren Offiziersreihen gibt es eine Vielzahl in den 1980er und

1990er Jahren eingetretener, unpolitischer oder konservativer Offiziere, die dem chavistischen Treiben ablehnend gegenüber stehen. Der Missbrauch für Propagandazwecke, die Entprofessionalisierung, die Ignorierung der Bestenauslese bei Beförderungen, die Beseitigung von Hierarchien zwischen Dienstgradgruppen und nicht zuletzt die Verwicklung von Teilen der militärischen Führung in die (organisierte) Kriminalität – Beteiligung am Drogenschmuggel, Veruntreuung öffentlicher Mittel, Überfakturierung von Importgütern und illegale Finanzoperationen im Zusammenhang mit dem fixen Wechselkurssystem – erzeugen bei traditionsorientierten, technokratischen Offizieren Unmut und (inneren) Widerstand, spalten die Streitkräfte de facto in zwei Blöcke und führen dazu, dass immer mehr nicht- oder anti-chavistische Offiziere „freiwillig“ aus den Streitkräften ausscheiden.

Zudem erzeugt die starke, formell ungeklärte Rolle kubanischer Offiziere innerhalb der Streitkräfte nicht nur in der letztgenannten Gruppe, sondern auch in Teilen der regierungsnahen Armeekeise für Unmut und birgt Sprengstoff.

Neue Militärdoktrin

Sozialistisch, revolutionär, patriotisch, boliviarisch, antiimperialistisch und chavistisch. So definiert die politische und militärische Führung inzwischen lautstark die venezolanischen Streitkräfte.^{26,27} Damit steht sie – wie bereits verdeutlicht – im Widerspruch zur venezolanischen Verfassung, die in den Artikeln 328 und 330 deutlich macht, dass der Dienst der Streitkräfte „niemals einer Person oder politischen Sache“ dient, und es den Streitkräften nicht gestattet ist, „an Handlungen der Propaganda, Militanz oder politischer Bekehrung“ teilzunehmen oder mitzuwirken.

Nicht weniger als fünf Reformen des Streitkräftegesetzes („Ley Orgánica de la Fuerza Armada Nacional Bolivariana“) erlebte Venezuela seit dem Jahr 2005, die den Weg in eine Kopie der kubanischen

Streitkräfte, insbesondere hinsichtlich der Personal- und Organisationsstruktur und der militärstrategischen Ausrichtung weisen. Der „Plan Sucre“²⁸ aus dem Jahr 2007 markiert einen Höhepunkt: Er sieht die ideologische Schulung der Streitkräfte, die Einbindung der Bevölkerung durch ein monumentales Milizkonzept und die Ausrichtung auf einen als lang andauernden Volkskrieg bezeichneten („guerra popular prolongada“) Guerillakampf im eigenen Land vor. Also eine asymmetrische Kriegsführung Venezuelas, gegen die als „Imperium“ bezeichneten USA, die als Invasoren ausgemacht werden.

Insbesondere die Schaffung der Nationalen Bolivarischen Miliz („Milicia Nacional Bolivariana“) im Jahr 2009, einer in der Verfassung bis heute nicht vorgesehenen, extrem politisierten und auf die Person des Präsidenten eingeschworene Volksmiliz von militärisch zweifelhaftem Wert, lässt Fragen bezüglich der dahinter stehenden Zielsetzung aufkommen.

Auch illegale Bürgerwehren, die sogenannten Kollektive („Colectivos“), dienen hierfür als Rekrutierungsquelle.²⁹ Diese mindestens 150.000 Milizionäre umfassende Truppe mit dem von Chávez ausgegeben Aufwuchsziel von einer Million Kombattanten soll die „Bolivarische Revolution“ gegen äußere und innere Feinde gemäß der neuen Militärdoktrin verteidigen, und ist dazu nach Verteidigungszonen („Zonas de Defensa Integral“ – ZODI) gegliedert.³⁰ Auch bei der „Absicherung“ von Wahllokalen werden Angehörige der Miliz inzwischen zusammen mit der Nationalgarde eingesetzt. Die Miliz untersteht dem Präsidenten selbst, was in der Summe die Einschätzung stützt, dass es sich dabei zumindest auch um ein Instrument zur Machtabsicherung nach innen handelt – die politisierte Version einer Prätorianergarde.

Angekündigt wurde von Präsident Maduro darüber hinaus im Mai 2013 die Gründung der Bolivarischen Arbeitermiliz („Milicia Obrera Bolivariana“) für Arbeiter der

staatlichen Betriebe. Man fühlt sich an die ehemaligen Betriebskampfgruppen kommunistischer Staaten Osteuropas erinnert. Nach offizieller Lesart geht es laut Maduro auch hier um die Verteidigung gegen äußere „Feinde, die sich auf die Eroberung Venezuelas vorbereiten. [...] Wir werden mehr respektiert werden, wenn die Arbeitermilizen dreihunderttausend, fünfhunderttausend, eine Millionen, zwei Millionen uniformierte, bewaffnete, gut ausgebildete Arbeiterinnen und Arbeiter umfassen, welche die Souveränität, das Vaterland und die Stabilität der Bolivarischen Revolution verteidigen“.³¹ Für Kritiker hingegen ist es nur ein weiterer Schritt zur Schaffung parteigebundener Parallelstrukturen und der Bewaffnung möglichst großer Teile der chavistischen Anhängerschaft.

„Antiimperialismus“?

Die Unterstützung der USA für einen „Putschversuch“ der anti-chavistischen Opposition im Jahr 2002 brachte das Land in das Fadenkreuz von Chávez. Danach radikalisierte sich der Prozess und gewann im Jahr 2004, nach dem Scheitern des von der Opposition initiierten und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) formell unterstützten Abwahlreferendums gegen Chávez, nochmals an Dynamik.

Chávez zeigte sich auf der internationalen Bühne und propagierte die Vision einer „Bolivarischen Revolution“ und der lateinamerikanischen Einheit unter dem Banner des Befreiungshelden Simón Bolívar, dessen Name Staat und Streitkräften hinzugefügt wurde. Die USA unter Präsident George W. Bush wurden als „Imperium“ bezeichnet und zum Gegenpol stilisiert, an dem sich das nach eigener Anschauung neu erwachende Lateinamerika aufrichtet. Nach dem Motto „der Feind meines Feindes ist mein Freund“ wurden – jenseits der Allianz mit links bzw. links-populistisch regierten Staaten Lateinamerikas und der Karibik – enge Beziehungen zu Staaten aufgebaut, die demokratische Regierungen meiden: Weißrussland, Syrien, Libyen und Iran. Aber auch zu Russ-

land und China wurden die Beziehungen intensiviert.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA blieben hingegen bis zum heutigen Tag weitgehend unangetastet. Die USA ist ungeachtet allen Getöses und eines Rüstungsembargos weiterhin der wichtigste Handelspartner für Venezuela. Der Erdölhandel steht unverändert im Zentrum der beiderseitigen Interessen. Jenseits der vitalen Wirtschaftsinteressen geht es der venezolanischen Regierung um eine politische Neuorientierung und Abnabelung von den USA, dem bis zur Machtübernahme der Chavisten sehr engen Partner Venezuelas.³²

Neue Militärallianzen: „Go east!“

Im Angesicht der politisch-rhetorischen Konfrontation mit den USA und ihrer Sanktionen erfolgte auch um das Jahr 2005 rüstungspolitisch eine Neuausrichtung³³: Panzer, Hubschrauber, Flugzeuge, Flugabwehrsysteme und Handwaffen wurden in Russland, China und im Iran gekauft, die Streitkräfte hochgerüstet. Das traditionelle belgische Sturmgewehr FN FAL wurde ungeachtet besserer Alternativprodukte auf dem Markt durch die – gewiss nicht modernere – klassische Waffe der Revolutionen und Guerillas dieser Welt ersetzt, das nur geringfügig verbesserte Nachfolgemodell der russische AK-47, das AK-103, von dem 100.000 Exemplare beschafft wurden.

Summa summarum: Mehr Symbolpolitik und Ausdruck einer neuen politisch-militärischen Allianz als wirkliche Stärkung der Streitkräfte. Fehlende Kompatibilität der Waffensysteme untereinander und mit bestehender Ausrüstung, fehlende Investitionen in Ersatzteile und Ausbildung, immense Betriebskosten sowie die Ungeeignetheit insbesondere der schweren T-72-Panzer für die geografischen und infrastrukturellen Gegebenheiten des Landes, legen den Schluss nahe, dass es zuvorderst darum geht, die historisch gewachsene Allianz der

venezolanischen Streitkräfte mit den USA zu zerschneiden.

Sicherheitspolitische Kooperation und mehr: Venezuela und Kuba

Venezuela pflegt besonders enge politische, wirtschaftliche und militärisch-geheimdienstliche Beziehungen zu Kuba. Kuba und Venezuela leben in einer sonderbaren Symbiose, die über die wirtschaftliche Verflechtung hinaus alle Politikfelder erreicht hat. Sicherlich kann hier von einer ideologisch begründeten politischen Hörigkeit der venezolanischen Regierung gegenüber dem sozialistischen Vorreiterstaat Kuba gesprochen werden, die auch unter dem neuen Präsidenten Maduro, der Teile seiner Ausbildung auf Kuba absolviert hat und bekanntermaßen ein großer Bewunderer des kubanischen Modells ist, ihre Fortsetzung findet.

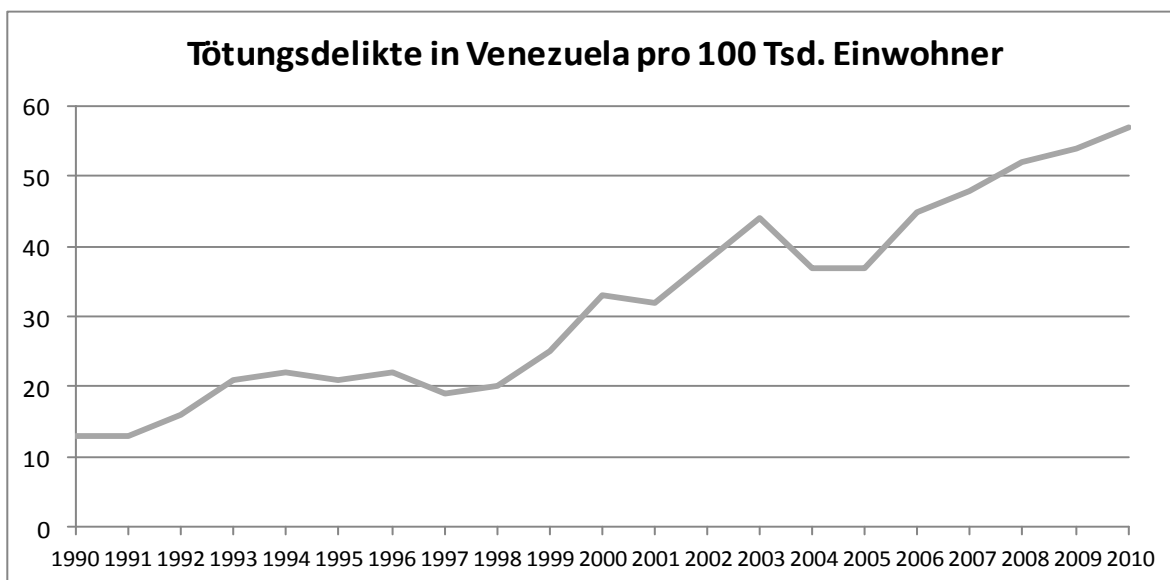
Obwohl es Venezuela ist, das den wirtschaftlich und finanziell angeschlagenen kubanischen Staat durch seine Subventionspolitik in Form der Lieferung von Erdöl zu einem extrem günstigen Vorzugspreis am Leben erhält, gibt das formal schwächere Kuba in den bilateralen Beziehungen den Takt vor und nimmt Einfluss auf die Innenpolitik des großen Nachbarn.

An vielen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Schnittstellen sowie im Gesundheitsbereich sitzen kubanische „Berater“ und Fachkräfte, wobei letztere auch als Gegenleistung für Erdöllieferungen an Kuba in Venezuela tätig sind. Deren Zahl geht vermutlich in die Zehntausende, wobei keine genauen Zahlen bekannt sind. Andere Berater sind Teil einer komplexen und äußerst intransparenten wirtschafts- und sicherheitspolitischen Kooperation. Neben Ärzten kommen daher brisanterweise auch politische Berater, Militärberater und Geheimdienstexperten aus Kuba zum Einsatz.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass kubanische Berater Venezuelas Regierung und Armeeführung bei der Indoktrinierung und

Politisierung der Streitkräfte sowie der organisatorischen strategischen Ausrichtung mit Blick auf die Absicherung der „Bolivarischen Revolution“ gegen äußere und innere Feinde nicht nur beraten, sondern auch darüber hinaus bei politischen Richtungsentscheidungen starken Einfluss ausüben.³⁴

der Gewaltkriminalität.³⁶ Millionen Waffen sind illegal im Umlauf. Hinzu kommt, dass Straftaten kaum sanktioniert werden – in Venezuela herrscht weitgehend Straflosigkeit.



Quelle: Observatorio Venezolano de Violencia 2011. Programa Venezolano de Educación-Acción en Derechos Humanos – Provea (2012): Situación de los Derechos Humanos en Venezuela, Informe Anual 2012, Capítulo Derechos Ciudadanos, URL <http://www.derechos.org.ve/pw/wp-content/uploads/21SeguridadCiudadana1.pdf> [10.09.2013].

Anm.: Offizielle staatliche Statistiken existieren seit einigen Jahren nicht mehr bzw. werden nicht veröffentlicht. Die NGO Provea nennt für die Jahre 2009 und 2010 abweichende Werte von 49 bzw. 45, macht keine Angabe für 2011 und nennt 51 für 2012.

Gewaltkriminalität und die Logik der Revolution

Auch mit Blick auf die Gewaltsituation in Venezuela muss die neue, von Kuba inspirierte und mit umgesetzte, militärpolitische Konzept waffenstarrende Miliz sowie die propagierte gesellschaftliche Militanz kritisch hinterfragt werden. Die venezolanische sozialistische „*Revolution ist friedlich, aber bewaffnet*“³⁵, um den Willen des venezolanischen Volkes zu verteidigen und den Weg des Sozialismus weiter zu gehen, so Präsident Chávez am 15. Jahrestag seines 1992 gescheiterten Militärputsches gegen den damaligen Staatspräsidenten Andrés Pérez.

Kein interner bewaffneter Konflikt, kein Drogenkrieg, keine alles beherrschenden kriminellen Jugendbanden und kein Bürgerkriegserbe. Und dennoch leidet Venezuela unter extrem hoher und beständig steigen-

Nach Angaben des Venezolanischen Observatoriums für Gewalt („Observatorio Venezolano de Violencia“, OVV), einer wissenschaftlichen Forschungseinrichtung zur Analyse der Kriminalitäts- und Gewaltentwicklung im Land, ist es im Zeitraum 2007 bis 2009 bei 91 Prozent aller Tötungsdelikte nicht zu einer Verurteilung gekommen, d.h. in neun von zehn Fällen blieben die Täter unbehelligt.

In der Vergangenheit war die chavistische Innenpolitik von einer wenig repressiven Politik gekennzeichnet. Die linke Regierung wollte die Gewalt auf Umwegen durch die Reduzierung der Armut und die Bekämpfung des Kapitalismus reduzieren. Nach dem Motto: Ein perfekter Sozialismus beseitigt Kriminalität und Gewalt von selbst.

Armut nicht Ursache der Gewaltkriminalität

Allerdings lässt sich für die im Regionalvergleich sehr hohe und steigende Gewaltkriminalität in Venezuela nicht (mehr) die Armut verantwortlich machen. Denn diese ist seit 1999 deutlich gesunken. Das Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen – UN-HABITAT bezeichnet Venezuela in einer im Oktober 2012 vorgestellten Studie sogar als das Land mit der geringsten urbanen Ungleichheit (Gini 0,41) in ganz Lateinamerika und der Karibik.³⁷ Und auch die urbane Armut konnte laut Untersuchungen der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika und Karibik deutlich von 49 Prozent im Jahr 1999 auf 30 Prozent im Jahr 2011 reduziert werden.³⁸ Starke Hinweise, dass die Ursachen der Gewaltkriminalität nicht zuvorderst in der Armut zu suchen sind.

Das Venezolanische Observatorium für Gewalt kommt in seinem Jahresbericht 2012 hinsichtlich der Ursachen der Gewaltkriminalität zu einer eindrücklichen Bewertung: „Es ist nicht die Armut, welche die Tötungsdelikte ursächlich erzeugt, es ist die Unzulänglichkeit der Institutionen. Es ist nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Straflosigkeit. Es ist nicht die Ungleichheit, sondern das Lobpreisen der Gewalt durch die [politischen] Führer. Es ist nicht der Kapitalismus, es ist der Bruch der Regeln, die den Gesellschaftsvertrag stützen.“³⁹

Symbolpolitik bei der Inneren Sicherheit

Die sicherheitspolitische Antwort der venezolanischen Regierung auf die Kriminalität war und ist die inflationäre Auflage von staatlichen Programmen zur Kriminalitätsbekämpfung: Mindestens 21 Programme seit dem Jahr 1999, ohne dass diese zu einer signifikanten und anhaltenden Verbesserung der Situation geführt hätten. Ganz offensichtlich nicht mehr als Symbolpolitik. Im Rahmen des jüngsten Programms „Plan Patria Segura“ („Sicheres Vaterland“) wurden ab Mai 2013 tausende Soldaten aus Nationalgarde und Heer zur

Kriminalitätsbekämpfung auf die Straßen der Hauptstadt Caracas und anderer Brennpunkte entsandt. Dies markiert eine neue Qualität der Intervention. Zu erwarten bleiben mehr Verhaftungen, schließlich geht es auch darum, die eigene Präsenz zu rechtfertigen und Erfolge vorzuweisen. Ob dieses Mehr an Repression nur ein kurzes Aufbäumen sein wird, bleibt abzuwarten. Sicher scheint schon jetzt: Die Militarisierung der öffentlichen Sicherheit wird die Probleme nicht lösen.

Programme zur Kriminalitätsbekämpfung

Zeitpunkt	Programm mit Originalnamen
02/1999	Plan Nacional de Seguridad Ciudadana
02/2000	Plan Nacional de Seguridad Ciudadana
02/2001	Plan Confianza
05/2002	Plan Nacional de Desarme
12/2003	Plan de Seguridad Ciudadana Integral
10/2004	Plan Piloto de Seguridad
07/2006	Plan Nacional de Control de Armas
07/2006	Plan Integral de Seguridad Misión Caracas
10/2006	Plan Estratégico de Convivencia y Seguridad Ciudadana
01/2008	Plan Caracas Segura
06/2008	Plan Ruta Segura
07/2009	Plan Noche Segura
03/2010	Plan Autopista Segura
03/2010	Dispositivo Bicentenario de Seguridad (DIBISE)
04/2011	Operación Cangrejo
11/2011	Madrugonazo al Hampa
11/2011	Guardia del Pueblo
01/2012	Gran Misión de Seguridad
05/2012	Misión A Toda Vida Venezuela
05/2013	Misión Patria Segura

Quelle: HSS Venezuela.

Die Krise des Strafvollzugs

Seit Jahren herrscht eine chronische Krise im Strafvollzug.^{40,41} Überfüllte, von Gewalt dominierte Gefängnisse, die eigentlich schon lange keinen einzigen Gefangenen mehr aufnehmen können. Oft sorgt dies für die Freisetzung von Verdächtigen und Einstellung der Ermittlungen. Wer doch dauerhaft in ein Gefängnis kommt, hat alle „Chancen“, spätestens dort (schwerst-) kriminell bzw. selbst das Opfer von Gewalt zu werden. In keinem Land Lateinamerikas ist die jährliche Zahl der getöteten und verletzten Insassen so hoch wie in Venezuela.⁴²

Venezolanische Gefängnisse sind Orte der kriminellen Selbstverwaltung, rechtsfreier Raum und von mächtigen Insassenführern, den „pranes“, autonom verwaltet. Zugleich dienen sie faktisch als Kommandozentralen der organisierten Kriminalität. Die Gefängnisse sind der Flaschenhals bei der Kriminalitäts- und Gewaltfrage.

Projekte der HSS

Die Hanns-Seidel-Stiftung Venezuela ist seit 1984 mit einem Projektbüro in Caracas vertreten. Ziele des Engagements sind die Förderung des demokratischen zivilgesellschaftlichen Engagements und der Dezentralisierung, die Stärkung der Menschenrechte und die Bekanntmachung alternativer Entwicklungsmodelle wie der Sozial-Ökologischen Marktwirtschaft. Mit der Polizei des Bundesstaats Miranda besteht seit dem Jahr 2008 eine Zusammenarbeit bei der Weiterbildung von Polizeibeamten im Bereich der Menschenrechte. Ausgebildet werden ausgewählte Polizisten als Ansprechpartner für Bürger bei Menschenrechtsverletzungen durch Angehörige der Ordnungskräfte. Darüber hinaus werden auch Verbindungsbeamte für Opfer häuslicher Gewalt geschult, beides mit dem Ziel, im Bundesstaat ein flächendeckendes Netz von qualifizierten Ansprechpartnern aufzubauen und damit die Qualität der Polizeiarbeit zu verbessern.

Widersprüchlichkeit der Politiken

Die venezolanische Politik der Inneren Sicherheit ist geprägt von vielen Widersprüchen. Die Janusköpfigkeit zeigt sich beispielsweise darin, dass in den Jahren 2002, 2006 sowie im Juni 2013 einerseits Gesetze zur Entwaffnung der Bevölkerung und Kontrolle von Waffen und Munition („Ley de Desarme“, „Plan Nacional de Control de Armas“ und „Ley de Control de Armas, Municiones y Desarme“) aufgelegt wurden, zugleich aber die Bewaffnung von Volks- und Arbeitermilizen massiv vorangetrieben wird. Ziel ist ein wehrhaftes Volk unter Waf-

fen. Makaber ist, dass dieses Ziel anders erreicht wird, als gewünscht: 98 Prozent aller Tötungsdelikte im Land werden mit Schusswaffen begangen.⁴³

Laissez-faire gegenüber der Kriminalität und Militarisierung der Inneren Sicherheit. In Venezuela ist beides zugleich zu beobachten.

Militarisierung von Kommunikation und Bildung

Die allgegenwärtige Militarisierung findet auch Eingang in die Sprache der Politiker – und damit der Gesellschaft. Ein militärischer Duktus prägte von Beginn an die Regierungszeit von Präsident Hugo Chávez (1999-2013), die Rhetorik der Regierungsmitglieder und findet auch bei seinem Nachfolger Nicolás Maduro eine Fortführung. Die politische Rhetorik ist von einem gewaltverherrlichenden Kasernenton geprägt: Stets ist die Rede vom „Kampf“ und „Schlachten“, die es gegen die inneren und äußeren „Feinde (der Revolution)“ zu gewinnen gelte. Feinde sind vor allem große bürgerliche Teile der Bevölkerung bzw. alle, die nicht mit dem Chavismus übereinstimmen. Dies sind mit Blick auf jüngere Wahlergebnisse mittlerweile rund 50 Prozent der Bevölkerung. Als „Bourgeoisie“ bezeichnet, werden diese Millionen „Nicht-Venezolaner“ von der Regierung aus der Gemeinschaft ausgeschlossen und rhetorisch für vogelfrei erklärt.

Auch die staatliche Bildungspolitik bleibt hier nicht außen vor. War im Schulunterricht die in vielen Ländern Lateinamerikas als Option existierende prä-militärische Ausbildung auch in Venezuela früher ein Wahlfach, wurde sie von den Chavisten zum Pflichtfach erhoben und die theoretischen Inhalte ideologisch-weltanschaulich unterlegt.⁴⁴

Auch für die Streitkräfte wurde mit der „Ganzheitlichen Erziehung für die Verteidigung“ im Jahr 2011 ein neues Unterrichtsfach geschaffen, das der Vorbereitung auf die neuen gesamtgesellschaftlichen Aufga-

ben dienen soll und in diesem Sinne auch einer ideologischen Indoktrinierung dient. Die Unterrichtsmodule lauten: „Neue sozialistische Ethik“, „Höchste gesellschaftliche Glückseligkeit“, „Demokratischer und revolutionärer Protagonismus“, „Sozialistisches Produktionsmodell“, „Neue nationale Geopolitik“, „Neue internationale Geopolitik“ und „Globale Energiemacht Venezuela“.⁴⁵

Damit nicht genug: Angekündigt wird im Gesetzblatt darüber hinaus eine Übertragung des Faches und der genannten Unterrichtsinhalte auf den zivilen Bildungsbereich, namentlich auf öffentliche Schulen und Universitäten, für dessen Umsetzung das Verteidigungsministerium und die zwei Bildungsministerien gemeinsam beauftragt werden. Die praktische Ausgestaltung des Unterrichts und die Erteilung des Unterrichts werden der Bolivarischen Miliz übertragen, heißt es dort weiter.^{46,47} Auch wenn die Umsetzung des Vorhabens für den zivilen Bereich nach medialen Protesten vor allem aus dem Bildungssektor stillschweigend bis auf weiteres ausgesetzt wurde – die Weichen sind auch hier gestellt.

Was sagt die Bevölkerung?

Die venezolanische Gesellschaft ist in zwei etwa gleich große Lager gespalten, die sich unversöhnlich gegenüber stehen: Die eine Hälfte lehnt den Chavismus und weitgehend alles, was damit verbunden ist, bedingungslos ab. Dazu gehören natürlich auch die Militarisierung der Gesellschaft, die Politisierung des Militärs und die Ideologisierung in allen Facetten. Die Anhänger des Chavismus hingegen nehmen die Militarisierung als Teil des Großprojekts „Bolivarische Revolution“ hin bzw. unterstützen diese sogar, da die Streitkräfte als nunmehr politischer Akteur auf deren Seite stehen, und als Garantiemacht gegen die „alten Eliten“ fungieren.

Der gesicherte, kostengünstige Zugang zu Bildung, Gesundheitsleistungen und subventionierten Grundnahrungsmitteln steht im Mittelpunkt des Interesses und der Lebens-

wirklichkeit eines Großteils der chavistischen Wählerschaft. Für abstrakte Fragen von Demokratie und Rechtsstaat bleibt hier kein Platz. Die chavistische Politik wird zudem adressatengerecht vermittelt und hat durch das geschaffene Medienmonopol die Deutungshoheit. Hinzu kommt der nicht zu unterschätzende sozialpsychologische Effekt der verbalen Erhöhung der zuvor Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte marginalisierten Unterschicht.

Die Haltung beispielsweise zu Korruption und Veruntreuung öffentlicher Mittel ist bei weiten Teilen der venezolanischen Wählerschaft – lagerübergreifend – geradezu fatalistisch: Beides gab es schon immer und es wird sie immer geben, lautet die Devise. In Venezuela ist die Auffassung verbreitet, dass, wer „gute“ Politik macht, auch ein wenig stehlen darf. Sorgt die Politik dann auch noch dafür, dass der erdölbasierte „Geldsegen“ breit streut und viele davon profitieren, ist eigentlich alles in guter Ordnung.

Für die Gegner des Chavismus sind die Vorgänge um das Militär nur ein Problem von vielen. Andere Sorgen liegen ihnen im Alltag näher: Die Stigmatisierung als gesellschaftliches Feindbild, die Beschneidung der individuellen Rechte beispielsweise durch die Benachteiligung im Beruf und auf dem Arbeitsmarkt angesichts schwarzer Listen, die Frage der Eigentumsrechte angesichts staatlicher Enteignungen, die steigende Inflation und der Mangel an Konsumgütern. Und nicht zuletzt, dies gilt für beide Gruppen wohl gleichermaßen: Die Angst angesichts beständig zunehmender Gewaltkriminalität – in repräsentativen Umfragen stets die größte Sorgen der Menschen in Venezuela.

Zusammenfassung und Ausblick

Vielleicht erstmals seit Ende der Pérez-Jiménez-Militärdiktatur ist es mit der Person von Hugo Chávez einem Politiker gelungen, die Steuerungsfähigkeit über das venezolanische Militär zu gewinnen. Aber nicht für

die durch die Politik repräsentierte Gesellschaft, sondern als Teil einer politischen Sache.

Von einem Garanten für die Sicherheit aller Venezolaner, einem neutralen Hüter der Verfassung und Bürgen für ordnungsgemäße Wahlabläufe, wurden die Streitkräfte zu einem parteipolitischen Akteur „befördert“, der nicht (mehr) die Menschen, die Demokratie und die Verfassung schützt, sondern eine sozialistische Revolution, die selbstredend starke autoritäre Züge hat. Die von den Chavisten geschaffene Verfassung wird bei der ideologischen, organisatorischen und strukturellen Reform der Streitkräfte beflissentlich ignoriert.

Präsident Maduro geht diesen Weg ohne Zögern weiter. Seine Durchsetzungsfähigkeit gegenüber den Militärs bleibt abzuwarten, und ist die vielleicht spannendste Frage der näheren Zukunft. Fraglos hat die Steuerungs- und Kontrollfähigkeit gegenüber den Streitkräften mit Maduro abgenommen. Die gesamte Machtkonstellation ist instabil geworden. Ein in Vorbereitung befindliches Ermächtigungsgesetz wird es ihm voraussichtlich zeitnah ermöglichen, am Parlament vorbei per Dekret zu regieren. Ob es Maduro dabei, wie angekündigt, ausschließlich um eine effektivere Bekämpfung der Korruption und (plan-) wirtschaftliche Reformen geht, wird die Zeit zeigen.

Die Aussagen der militärischen Führung zeugen schon heute von einer – zumindest rhetorischen – Abkehr von der Demokratie, indem sie ankündigen, den eingeschlagenen „revolutionären“ Weg nach Chávez' Tod notfalls auch autonom fortschreiten zu wollen. Gesellschaft und Streitkräfte sollen ideologisch gleichgeschaltet werden. Ob dieses Ziel angesichts des wachsenden zivilgesellschaftlichen Widerstands⁴⁸ gegen den Chavismus erreicht werden kann, ist fraglich. Bezweifelt werden sollte allerdings keinesfalls die vielfach geäußerte Bereitschaft der Streitkräfte(führung), die „Bolivarische Revolution“ und die dahinter stehenden –

ganz wesentlich auch monetären – Interessen notfalls mit Waffengewalt gegen die Demokratie zu verteidigen.

|| BENJAMIN BOBBE

Auslandsmitarbeiter Venezuela

ANMERKUNGEN

- 1 Für den vorliegenden Artikel stellt sich die Schwierigkeit des Datenzugangs im Zusammenhang mit Fragen der venezolanischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Viele Informationen hinsichtlich Personal, Material und Statistiken, beispielsweise mit Blick auf die ausufernde Kriminalität oder außermilitärische Aktivitäten der Streitkräfte, gelten als Verschlussache, werden nicht veröffentlicht oder sind einfach nicht kohärent. Wesentliche Informationsquellen sind daher Medien, NGOs und unabhängige Forschungsinstitute sowie Mitglieder der Streitkräfte selbst, sodass sich auch so ein Bild ergibt, das im Folgenden dargestellt werden soll.
- 2 z.B. Brian Loveman, Tomás Straka, für Venezuela: Hernán Castillo.
- 3 Befehlshaber.
- 4 Vgl. Human Rights Watch (2013): Venezuela, Chávez's Authoritarian Legacy, Dramatic Concentration of Power and Open Disregard for Basic Human Rights, URL <http://www.hrw.org/news/2013/03/05/venezuela-chavez-s-authoritarian-legacy> [10.08.2013].
- 5 Kestler, Thomas (2009): Parteien in Venezuela; Repräsentation, Partizipation und der politische Prozess; Studien zu Lateinamerika 3, Baden-Baden.
- 6 Vgl. Verfassung der Bolivarischen Republik Venezuela (1999), URL <http://www.tsj.gov.ve/legislacion/constitucion1999.htm> [15.08.2013].
- 7 Umgekehrt kann ebenfalls beobachtet werden, dass Gesetze trotz formeller Verabschiedung (bislang) keine Anwendung finden.
- 8 De la Rosa, Alicia (2013): Ministro Molero llamó a votar por Maduro "para dar en la madre a fascistas", URL <http://www.eluniversal.com/nacional-y-politica/hugo-chavez-1954-2013/130306/ministro-molero-llamo-a-votar-por-maduro-para-dar-en-la-madre-a-fascis> [10.08.2013] (Zitat übersetzt vom Autor).
- 9 „Patria, socialismo o muerte“.
- 10 Vgl. Verfassung der Bolivarischen Republik Venezuela (1999).
- 11 Das gleiche Phänomen lässt sich bei dem staatlichen Erdölgiganten „Petróleos de Venezuela S.A.“ (PDVSA) beobachten.
- 12 Daneben bestehen nichtmilitärische Polizeieinheiten auf nationaler, bundesstaatlicher und lokaler Ebene, die nicht Gegenstand des vorliegenden Aufsatzes sind.
- 13 Vgl. Poliszuk, Joseph (2012): 155.788 asesinatos en Venezuela desde 1999, URL <http://www.eluniversal.com/nacional-y-politica/120603/interactivo-14-anos-de-planes-de-seguridad-y-hechos-violentos> [15.09.2013].
- 14 Vgl. Ley Orgánica de Procesos Electorales, URL http://www.cne.gov.ve/web/normativa_electoral/ley_organica_procesos_electorales/indice.php [12.09.2013].
- 15 In vor-chavistischen Zeiten war die Beteiligung des Militärs im Regierungskabinett auf maximal zwei Ressorts beschränkt, darunter das Kommunikationsministerium.
- 16 Vgl. Castillo, Hernán (2011): Verhältnis zwischen Militär und Gesellschaft, in: Venezuela heute, Politik, Wirtschaft, Kultur, hrsg. von Andreas Boeckh, Friedrich Welsch und Nikolas Werz, S. 301-320.
- 17 Vgl. Ebd.
- 18 Vgl. Ebd.
- 19 Vgl. Präsidialdekret Nr. 458 vom 7. Oktober 2013. Veröffentlicht im Gesetzesblatt Nr. 40.266 von 8. Oktober 2013, URL <http://www.tsj.gov.ve/gaceta/octubre/7102013/7102013-3806.pdf> [12.10.2013].
- 20 Vgl. ebd. (Zitat übersetzt vom Autor).
- 21 Vgl. Alonso, Juna Francisco (2013): Alertan sobre "creciente autoritarismo" del Gobierno, URL <http://www.eluniversal.com/nacional-y-politica/131015/alertan-sobre-creciente-autoritarismo-del-gobierno> [15.10.2013].
- 22 Vgl. El Heraldo (2013): Maduro y su poderosa industria militar, URL <http://www.elheraldo.com.co/noticias/internacional/maduro-y-su-poderosa-industria-militar-117037> [10.08.2013].
- 23 Präsidialdekret Nr. 429. Veröffentlicht im Gesetzesblatt 40.261 am 30.09.2013, URL <http://www.tsj.gov.ve/gaceta/septiembre/3092013/3092013-3801.pdf#page=11> [05.10.2013].
- 24 Vgl. Ebd. (Zitat übersetzt vom Autor).
- 25 Vgl. Lira, César (2012): Diego Molera Bellavía será el nuevo Ministro de Defensa, URL http://www.elnacional.com/politica/Diego-Molero-Bellavia-Ministro-Defensa_0_71992990.html [14.08.2013].
- 26 Vgl. Ministerio del Poder Popular para la Defensa (2013): Molero: Chávez será por siempre nuestro Comandante en Jefe, URL <http://www.mindefensa.gov.ve/index.php/using-joomla/extensions/components/content-component/article-categories/78-ultimas-noticias/122-molero-chavez-sera-por-siempre-nuestro-comandante-en-jefe> [28.08.2013].
- 27 Vgl. Sistema Bolivariano de Comunicación e Información (2013): Presidente ratifica carácter "antiimperialista, socialista, patriota y Profundamente chavista" de la FANB, URL <http://www.sibci.gov.ve/2013/06/hoy-es-un-dia-de-patria-libre-dijo-presidente-maduro/> [14.08.2013].
- 28 Vgl. Ministerio del Poder Popular para la Defensa (2007): „Plan de Desarrollo Estratégico de la FANB para la Defensa Integral de la Nación 2007-2013“ (Plan Sucre), Kurzfassung/Präsentation, URL <http://www.edugm.mil.ve/documentaciones/pedfanb.pdf> [14.08.2013].
- 29 Vgl. Da Corte, María Lilibeth (2013): 97 colectivos entregaron sus armas y se suman a la milicia, URL <http://www.eluniversal.com/nacional-y-politica/130809/97-colectivos-entregaron-sus-armas-y-se-su-man-a-la-milicia> [11.08.2013].
- 30 Vgl. Alonso, Juan Francisco (2011): Las milicias de Chávez ahora batallan desde las aulas de clase, Están asumiendo cada vez más funciones en la defensa del país, Aumenta rechazo, URL <http://www.elpais.com.co/elpais/internacional/milicias-chavez-ahora-batallan-desde-aulas-clase> [10.08.2013].
- 31 El Universal (2013): Ordenan a mandos de la Fuerza Armada establecer las Milicias Obreras, URL <http://www.eluniversal.com/nacional-y-politica/130522/ordenan-a-mandos-de-la-fuerza-armada-establecer-las-milicias-obreras> [14.08.2013] (Zitat übersetzt vom Autor).
- 32 Die von den USA für das nächste Jahrzehnt angestrebte Energieautarkie wird Venezuelas Umorientierung hinsichtlich neuer Erdölhandelspartner forcieren. Der Beitritt zum südamerikanischen Freihandelsbündnis „Mercado Común del Sur“ (MERCOSUR) und die engen Beziehungen insbesondere zu China können bereits jetzt als Ausdruck dieser Neuorientierung interpretiert werden.
- 33 Vgl. Blandria, María Teresa (2013): Reformas y Nuevas estructuras en las Fuerzas Armadas de Venezuela, 1999-2012, Observatorio Económico-Legislativo, CEDICE, Caracas
- 34 Vgl. Ibarz, Joaquim (2010): Los cubanos controlan ya sectores claves de Venezuela, URL <http://www.lavanguardia.com/internacional/20100207/53885110693/los-cubanos-controlan-ya-sectores-claves-de-venezuela.html> [10.08.2013].

- 35 El Universal (2007): Chávez llama a la unidad revolucionaria al celebrar su intenciona de 1992, URL http://www.eluniversal.com/2007/02/04/imp_pol_esp_04A831899 [11.08.2013].
- 36 Vgl. Briceño-León, Roberto / Avila, Olga / Carmadiel, Alberto (2013): *Violencia e Institucionalidad. Informe del Observatorio Venezolano de Violencia 2012*, Caracas.
- 37 UN-Habitat (2012): *Estado de las ciudades de América Latina y el Caribe 2012*, URL http://www.onuhabitat.org/index.php?option=com_content&view=article&id=859:onu-habitat-presenta-el-estado-de-las-ciudades-de-america-latina-y-el-caribe&catid=32:genero&Itemid=210 [10.09.2013].
- 38 Comisión Económica para América Latina - CEPAL (2012): *Panorama Social de América Latina 2012*, URL <http://www.cepal.org/publicaciones/xml/5/48455/PanoramaSocial2012.pdf> [10.09.2013].
- 39 Briceño-León et al. (2013) (Zitat übersetzt vom Autor).
- 40 Vgl. Observatorio Venezolano de Prisiones (2010): *Informe sobre los derechos humanos y debidos proceso de las personas privadas de libertad en 10 centros penitenciarios 2009*, URL <https://docs.google.com/file/d/0By35KTnsCqOdZjMOMTk00TYtNTkyZC000TNLWizZTEtNmNjYzZiYmE4NjBm/edit?pli=1> [20.08.2013] sowie Berichte der Folgejahre.
- 41 Vgl. Human Rights Watch (2013).
- 42 Vgl. Comisión Interamericana de Derechos Humanos - CIDH (2011): *Informe sobre los derechos humanos de las personas privadas de libertad en las Américas 2011*, URL <http://www.oas.org/es/cidh/ppl/docs/pdf/PPL2011esp.pdf> [15.09.2013].
- 43 Instituto de Investigaciones de Convivencia y Seguridad Ciudadana – INCOSEC (2011): *Seguridad Ciudadana y Políticas Públicas en Venezuela, Referencia para la Acción*, Caracas.
- 44 Vgl. Ministerio de Educación y Ministerio de Defensa (1999): *Instrucción premilitar, Programa de la asignatura, Nivel medio, diversificado y profesional, Primer año*, Caracas.
- 45 Vgl. „Plan Integral de Educación Militar de la Fuerza Armada Nacional Bolivariana“ basierend auf der Resolución 0172621 des venezolanischen Verteidigungsministeriums vom 24.03.2011. Veröffentlicht im Gesetzblatt Nr. 39.641, URL <http://www.tsj.gov.ve/gaceta/marzo/2432011/2432011-3102.pdf#page=7> [13.08.2013].
- 46 Vgl. Ebd.
- 47 Vgl. Peñaloza, Pedro Pablo (2011): *Milicia formará a niños para la “defensa integral” del país*, URL <http://www.eluniversal.com/2011/03/26/milicia-formara-a-nios-para-la-defensa-integral-del-pais> [13.08.2013].
- 48 Gemessen an den letzten Wahlergebnissen und regelmäßigen repräsentativen Umfragen, bspw. der Politikberatung Alfredo Keller & Asociados.